

# „Was getan wurde, ist nicht genug“

Unabhängige Kommission will gegen den sexuellen Missbrauch von Kindern vorgehen

**Täter, die Kinder sexuell missbrauchen, kommen sehr häufig aus dem näheren Umfeld der betroffenen Mädchen und Jungen und erschleichen sich ihr Vertrauen.**

VON DIETER HINTERMEIER

**Frankfurt/Berlin.** Diese Straftaten sind einfach nur schockierend und wühlen die Öffentlichkeit immer wieder aufs Neue auf. Das sind die Fälle, bei denen Kinder sexuell missbraucht wurden. Wie diese: Immer wieder hat der Mann kleine Mädchen missbraucht und dabei auch gefilmt, die jüngsten Opfer waren gerade einmal drei Jahre alt. Seine Verbrechen muss der 57-jährige Nordhesse mit zwölf Jahren Haft und anschließender Sicherheitsverwahrung büßen. In anderen Fällen, die sich in der Rhein-Main-Region abspielten, verging sich ein Vater jahrelang an seinem eigenen, kleinen Sohn. Ein anderer Mann nutzte seine Rolle als „Stiefvater“ aus, um die kleinen Töchter seiner Partnerinnen zu missbrauchen. „Das Ausmaß sexuellen Kindesmissbrauchs wird stark unterschätzt. Dazu trägt auch die Tabuisierung des Themas bei – vor allem in Familien. Sexueller Kindesmissbrauch findet am häufigsten im familiären Umfeld statt. Diese mahnende Worte sagt Sabine Andresen im Gespräch mit dieser Zeitung. Die Frankfurter Professorin ist Vorsitzende der Anfang des Jahres ins Leben gerufenen „Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs“ des Deutschen Bundestages. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO), so Andresen weiter, gehe von rund 18 Millionen Minderjährigen aus, die in Europa von sexueller Gewalt jeglicher Art betroffen seien. „Das sind auf Deutschland übertragen rund eine Million Mädchen und Jungen“, so die Expertin.

## Strukturen aufdecken

Aufgabe der Kommission ist es Ausmaß, Art, Ursachen, Konstitutionsbedingungen und Folgen von sexuellem Missbrauch in der Bundesrepublik und der DDR zu untersuchen. „Wir sind international die erste Kommission, die sexuellen Kindesmissbrauch auch durch Familien und nicht nur in institutionellen Einrichtungen in den Blick nimmt“, erklärt Andresen. Eine der zentralen Aufgaben sei es hierbei, Betroffene anzuhören. „Jede und jeder Betroffene kann sich bei uns melden, um angehört zu werden. In einem geeigneten Rahmen schaffen wir die Möglichkeit, auch verjährte Unrecht mitzuteilen. Wir werden außerdem Strukturen aufde-

cken, die Missbrauch in der Vergangenheit ermöglicht und Aufarbeitung verhindert haben. Daraus sollen Schlüsse gezogen werden, um präventiv zu wirken“, so die Wissenschaftlerin.

Zu Beginn des Monats hat die Kommission mit den ersten vertraulichen Anhörungen begonnen. Weitere sollen im November und Dezember folgen. „Um möglichst viele Betroffene anhören zu können, haben wir ein Team von Anhörungsbeauftragten gebildet, die neben den Kommissionsmitgliedern deutschlandweit vertrauliche Anhörungen durchführen können“, sagt Andresen. Ein weiterer wichtiger Schritt sei dann das öffentliche Hearing mit dem Schwerpunkt Familie am 31. Januar 2017. „Mit dieser öffentlichen Anhörung wollen wir auf das Tabuthema aufmerksam machen und eine breite Öffentlichkeit erreichen“, so die Kommissions-Vorsitzende.

## Pädophile Neigungen

In Hessen wurden im vergangenen Jahr rund 798 Fälle von sexuellen Missbrauchs polizeilich verfolgt, davon wurden 694 Fälle aufgeklärt, wie das Hessische Innenministerium mitteilte. In den vergangenen zehn Jahren wurden in 2012 die meisten Fälle von sexuellen Kindesmissbrauchs aktenkundig. Vor vier Jahren waren es 1119 angezeigte Straftaten. In 1001 Fällen wurden damals die Täter ermittelt.

„Die Täter kommen aus allen sozialen Schichten. Das kann der gutstufte Professor, der in einer Jugendstilvilla wohnt, genauso sein wie der Hartz-IV-Empfänger“, sagt Friederike Vilmar, Fachanwältin für Strafrecht in Frankfurt. Bei den Tätern, so Vilmar weiter, lägen in vielen Fällen pädophile Neigungen bereits vor. Erwachsene Täter hätten diese „Neigungen meistens für sich schon gefunden“. Aber unter den Straftätern gäbe es auch jugendliche beziehungsweise Heranwachsende, die sich in dieser Hinsicht erst einmal „ausprobierten“.

Die Opfer der Täter stammen häufig aus dem familiären, freundschaftlichen, nachbarschaftlichen, in jedem Fall vertrauten Umfeld. „Viele Täter suchen das Vertrauen und die Nähe der späteren Opfer“, sagt die Strafrechtlerin. Der „berühmte schwarze Mann“, der Kinder missbrauche, sei eher ein Einzelfall in der Realität.

Bei den Verhandlungen in diesen Fällen komme es darauf an, dass die Aussage des Kindes „glaubhaft und konsistent“ sei, so die Juristin. In nicht wenigen Fällen sei ein „Glaubwürdigkeitsgutachten“ notwendig, das dann für das Urteil häufig ausschlaggebend sei, gerade



Engagiert: die Frankfurter Professorin Sabine Andresen. Sie ist Vorsitzende der Anfang des Jahres ins Leben gerufenen „Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs“ des Deutschen Bundestages.

Foto: dpa

wenn es sich um eine Aussage gegen Aussage-Situation handele.

Kritikwürdig ist nach Ansicht von Vilmar die Dauer der Verfahren in solchen Fällen, die mitunter drei Jahre und mehr bis zu einem rechtskräftigen Urteil dauerten. „Auch der Täter hat ein Recht auf ein schnelles Verfahren“, sagt die Anwältin, die es als positiv erachtet, dass der sexuelle Missbrauch von Kindern heute nicht mehr unter den Teppich gekehrt werde. Wie geschehen in der Odenwaldschule und der katholischen Kirche.

Alfred Huber ist Chef des Weissen Rings im Kreis Offenbach, der bekannten Organisation, die sich um die Opfer von Verbrechen kümmert. Für ihn steht fest, dass es im Falle des sexuellen Kindesmissbrauchs eine „große Dunkelziffer“ gibt. Um solche Straftaten an das Licht der Öffentlichkeit zu bringen, fordert er die „Umgebung der Kinder“ auf, die notwendige Aufmerksamkeit walten zu lassen, damit es nicht erst zu solchen Verbrechen komme.

Um diesen Straftaten Einhalt zu gebieten, setzen die Verantwortlichen im Hessischen Innenministe-

rium auch auf Prävention. „Die Landesregierung hat bereits 2012 einen Aktionsplan verabschiedet. Das Ministerium für Soziales und Integration fördert vor allem Kurse und Workshops für Einrichtungen der Jugendhilfe sowie Einrichtungen für Menschen mit Behinderung sowie zum Beispiel Fortbildungen zur Kinderschutzfachkraft mit rund 150.000 Euro jährlich“, erläutert Ministeriumssprecher Michael Schaich. Mit speziellen Fortbildungen würden darüber hinaus Führungskräfte und Mitarbeiter sensibilisiert und geschult.

## Prävention ist gefragt

Auch die hessische Polizei sei auf regionaler Ebene in den unterschiedlichsten Gremien, unter anderem „Runden Tischen“, regionalen Präventionsräten und Ausschüssen vertreten. Die Polizei stehe ebenfalls mit den regionalen Beratungsstellen und Hilfsorganisationen (zum Beispiel Jugendämtern, ProFamilia, Frauenhilfeeinrichtungen, Kinderschutzbund, Wildwasser) in einem regelmäßigen interdisziplinären Austausch. Auch bringen sich die polizeilichen Experten

in gemeinsamen Arbeitsbesprechungen und Arbeitskreisen, insbesondere mit Kindergärten, Schulen oder Kindertagesstätten, ein.

Zudem führten die Mitarbeiter der zentralen polizeilichen Jugendkoordination Informationsveranstaltungen an Schulen zum Thema „Sexueller Missbrauch“ durch. Insbesondere sollten bei diesen Fachvorträgen eine Sensibilisierung der Eltern und Lehrer für das Thema erfolgen, sowie Hilfsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

„Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) verzeichnet für das Jahr 2015 in Deutschland rund 12.000 Fälle von sexuellem Kindesmissbrauch, von denen rund 75 Prozent Mädchen und 25 Prozent Jungen

betroffen sind, nicht einberechnet die Fälle von sexuellem Missbrauch von Jugendlichen und Schutzbedürftigen, Kinder- und Jugendpornografie und Cybergrooming. Das Dunkelfeld liegt weitaus höher“, bringt Sabine Andresen das brisante Thema noch einmal auf den Punkt. Sie ist sich sicher, dass die Aufarbeitung dieser Straftaten eine größere Öffentlichkeit braucht. „Die genannten Zahlen sprechen für sich. Jedes missbrauchte Kind ist eins zu viel. Damit sich das ändert, muss eine gesamtgesellschaftliche Sensibilisierung in Gang gebracht werden. Was bisher getan wurde, ist nicht genug“, so die Feststellung der Kommissions-Vorsitzenden.

## INFO

## Hilfe für die Betroffenen

Waren Sie in Ihrer Kindheit oder Jugend sexueller Gewalt ausgesetzt? Die Aufarbeitungskommission ist sehr an Ihrer Erfahrung interessiert. Sie erreichen die Kommissions-Mitarbeiter unter der Rufnummer 08004030040. Via Telefon können Sie anonym, vertraulich und

kostenfrei über Ihre Erfahrungen sprechen. Die Kontaktaufnahme kann außerdem auch über E-Mail erfolgen: kontakt@aufarbeitungskommission.de. Informationen über die Arbeit der Kommission auf: [www.aufarbeitungskommission.de](http://www.aufarbeitungskommission.de)

## Dündar-Attentäter aus Haft entlassen

**Istanbul.** Gut fünf Monate nach einem Attentat auf den regierungskritischen Journalisten Can Dündar in der Türkei ist der Schütze aus der Untersuchungshaft freigelassen worden. Das entschied das Istanbul Gericht gestern. Demnach wird der Prozess gegen den Attentäter wegen „vorsätzlicher Körperverletzung“ am 15. Dezember fortgeführt. Die Beweisaufnahme sei zum großen Teil abgeschlossen. Ein Urteil ist damit am nächsten Verhandlungstag wahrscheinlich. Der Mann hatte vor dem Gerichtsgebäude auf Dündar geschossen, ihn jedoch verfehlt. Der in der Türkei wegen Veröffentlichung geheimer Unterlagen verurteilte Journalist hält sich derzeit in Deutschland auf. *dpa*

## Bischöfe sehen Ökumene gestärkt

**Jerusalem.** Die gemeinsame Pilgerfahrt deutscher evangelischer und katholischer Bischöfe ins Heilige Land hat neue Impulse für die Ökumene in Deutschland gebracht: Dieses Fazit zogen die beiden Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Kardinal Reinhard Marx und Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, gestern zum Abschluss der Reise in Jerusalem. Den beiden Kirchen in Deutschland als dem Land, von dem „die Trennung der Kirchen ausgegangen ist“, kommt dabei nach Worten von Marx „ein besonderer Auftrag“ zu, sich weltweit für die Versöhnung einzusetzen. Als Glücksfall bezeichnete Bedford-Strohm die Reise. *kna*

**Dieses Jahrhundert gehört der Stadt: Bis zum Jahr 2050 leben laut einer Prognose etwa 70 Prozent der Menschheit in Städten. Auf einer Konferenz in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito beraten Experten aus 160 Ländern darüber, wie die daraus entstehenden Probleme gelöst werden können – und ob die Metropolen künftig mehr Macht bekommen sollten.**

VON KLAUS SPÄNE

**Quito.** Eigentlich mutete die Situation fast schon bizarr an. Während in Syrien das Regime von Diktator Assad, derzeit dabei ist, tatkräftig unterstützt von Russland, Teile der Millionenmetropole Aleppo dem Erdboden gleichzumachen, beschäftigen sich diese Woche in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito Delegierte aus insgesamt 160 Ländern mit der Zukunft der Städte dieser Welt.

Dennoch führte an Habitat III, der dritten Auflage des Weltentwicklungsgipfels, kein Weg vorbei. Dafür sprechen die Fakten eine zu deutliche Sprache: Obwohl die Städte nur zwei Prozent der globalen Fläche einnehmen, sind sie für 70 Prozent der weltweiten Treibhausgase verantwortlich und produzieren 60 Prozent des Mülls.

Und in Zukunft werden die Probleme noch zunehmen. Nach einer Prognose des UN-Städteprogramms Habitat werden bis zum Jahr 2050 etwa 70 Prozent der Menschheit in Städten leben. Wem das zu abstrakt ist, ein Beispiel aus der Region: Al-

lein Frankfurt soll in 15 Jahren auf 785.000 Einwohner anwachsen, andere Voraussagen sprechen sogar von über 810.000 Menschen – mit der Folge, dass laut einer Studie bis zum Jahr 2030 rund 90.000 Wohnungen fehlen werden. Und das ist im Vergleich zur Entwicklung in Asien und Afrika noch wenig, da dort die Verstädterung wesentlich rasanter voranschreitet und die Megacities noch mehr aus allen Nähten platzen.

## An der Frontlinie

„Wir sind diejenigen, die an der Frontlinie sind“, unterstrich denn auch Denis Coderre, Bürgermeister der kanadischen Metropole Montreal, die Situation in einer leidenschaftlichen Rede und fügte hinzu: „Wir befinden uns an einem Scheideweg.“

Coderre sprach in Quito auf der World Mayors Assembly, der Versammlung der Bürgermeister dieser Welt. Und das mit gutem Grund, denn die Städte sollen der Schlüssel sein, um die Probleme des Planeten in den Griff zu bekommen. Das Zauberwort dabei lautet nachhaltigen Entwicklung, die mit der in Quito verabschiedeten „New Urban Agenda“ garantiert werden soll.

Konkret geht es darum, dem Klimawandel zu begegnen und gleichzeitig all die Probleme in den Griff zu bekommen, mit denen sich die Städte und ihre Bewohner jetzt schon herumschlagen müssen als da wären: Arbeitslosigkeit, Armut, Geschlechterungleichheit, bezahlbaren Wohnraum, öffentliche Basisdienstleistungen wie Wasser- und Strom-

versorgung, Abfallentsorgung oder Sicherheit vor Kriminalität. Gleichzeitig soll die Rolle der Städte gegenüber den nationalen Regierungen gestärkt werden. All das haben die Vereinten Nationen in der 23-seitigen Städteagenda niedergeschrieben. „Erstmals in der Geschichte haben wir ein Instrument für die urbane Planung“, bejubelte UN-Habitat-Chef Joan Clos die neue urbane Agenda.

Schön und gut, dennoch müssen die Mitgliedsstaaten der UN in den nächsten Jahren erst noch beweisen, dass das Papier auch das Geld wert ist, auf dem es geschrieben ist. Unklar ist vor allem, ob die Städte von den jeweiligen nationalen Regierungen genügend in die Umsetzung der Agendaziele einbezogen werden respektive, ob sie mit den nötigen finanziellen Mitteln ausgestattet werden und selbst darüber entscheiden können, wofür sie verwendet werden.

## Gravierende Probleme

„Wir wünschen uns eine eigene Finanzhoheit wie in Deutschland auch für andere Länder“, sprach Evas Lohse, Präsidentin des Deutschen Städtetags und Oberbürgermeisterin von Ludwigshafen, ein Problem an. Gleichzeitig wies sie darauf hin, dass es auch in Deutschland Kommunen mit gravierenden finanziellen Problemen gebe. Lohse: „Das unterhöhlt die Selbstverwaltung.“

Weiter gingen die Bürgermeisterinnen von Barcelona, Madrid und Paris. Sie forderten in Quito gleich 25 Prozent des nationalen Budgets

für die Stadtkassen und einen Zugang zu internationalen Fördermitteln.

All das kann jedenfalls nur funktionieren, wenn die Städte in Zukunft – national wie international – mehr Befugnisse bekommen und nicht einfach von den Regierungen als Befehlsempfänger betrachtet werden.

## Es bleiben Fragezeichen

Außerdem brauchen die Stadtoberhäupter auch mehr internationale Beteiligungsmöglichkeiten, um global Akzente setzen zu können. Hinzu kommt die Frage der Bürgerbeteiligung oder ein Problem, das in der Agenda erst gar nicht erwähnt wird und das vor allem westliche Städte betrifft: Die Gefahr, dass Innenstädte in Zukunft veröden, weil der zunehmende Internethandel immer mehr Geschäfte in ihrer Existenz gefährdet. Auch hier hat die Politik bisher keine Antworten geliefert.

Unterm Strich bleiben also trotz der guten Absichten weiterhin einige Fragezeichen hinter der urbanen Agenda. Erst wenn diese überzeugend beantwortet werden, kann vielleicht eintreten, was Ada Colau selbstbewusst bei der World Mayors Assembly ankündigte: „Ich bin davon überzeugt, dass das 21. Jahrhundert das Jahrhundert der Stadt sein wird“, sagte Barcelonas Bürgermeisterin.

Unser Redakteur Klaus Späne war für diesen Artikel in Quito – auf Einladung der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen.

## Israel will deutsche U-Boote kaufen

**Jerusalem.** Israel plant den Kauf von weiteren hochmodernen U-Booten aus Deutschland. Der stellvertretende Sprecher der Bundesregierung, Georg Streiter, sagte gestern, Israel denke über die Anschaffung weiterer U-Boote nach, die ab 2027 die dann in die Jahre gekommenen Boote der ersten Tranche ersetzen sollten. Der israelischen Zeitung „Maariv“ zufolge handelt es sich um drei U-Boote. Das Geschäft habe einen Umfang von 1,2 Milliarden Euro. *aff*

## Tote bei Angriff auf Flüchtlingsboot

**Rom.** Bei einem bewaffneten Angriff auf ein Flüchtlingsboot vor der Küste Libyens sind nach Angaben der deutschen Hilfsorganisation Sea-Watch gestern vier Menschen getötet worden. Bis zu 25 Flüchtlinge würden noch vermisst, sagte ein Sea-Watch-Sprecher in Rom. Die Angreifer näherten sich demnach in der Nacht an Bord eines Schiffs mit Abzeichen der libyschen Küstenwache dem in Seenot geratenen Flüchtlingsboot. Auf die Flüchtlinge hätten sie mit Knüppeln eingeschlagen. *aff*

## Strengere Regeln für Leiharbeit

**Berlin.** Unternehmen wird es künftig erschwert, Leiharbeiter als billige Arbeitskräfte dauerhaft auszunutzen. Der Bundestag verabschiedete gestern nach jahrelanger Debatte ein Gesetz von Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) gegen Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen. *dpa*

## IMPRESSUM

Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
**Geschäftsführung:** Oliver Rohloff  
**Chefredakteur:** Joachim Braun  
**Chef vom Dienst:** Peter Schmitt

**Die verantwortlichen Redakteure:**  
Politik: Dr. Dieter Sattler, Blick in die Welt: Pia Rolfs, Rhein-Main & Hessen: Christiane Warnecke, Wirtschaft: Michael Balck, Kultur und Service: Michael Kluger, Sport: Klaus Veit.

**Redaktion und Verlag:**  
Postanschrift: 60268 Frankfurt am Main; Hausadresse: Frankental 71-81, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten. Telefonnummer: (0 69) 75 01-0, Fax: (0 69) 75 01-42 92. E-Mail: [redaktion@fnp.de](mailto:redaktion@fnp.de); Internet: [www.fnp.de](http://www.fnp.de)

**Anzeigen:**  
Michael Hollfelder, Ingo Müller; Anzeigenverkauf: RheinMainMedia GmbH, Postfach 200221, 60606 Frankfurt am Main, Telefonnummer (0 69) 75 01-40 00, Telefax: (0 69) 75 01-41 65. Anzeigenpreise laut RheinMainMedia-Anzeigenpreisliste Nr. 21, gültig seit 1. Januar 2016; E-Mail-Adresse: [service@rheinmainmedia.de](mailto:service@rheinmainmedia.de); im Internet unter: <http://www.rheinmainmedia.de>

**Vertrieb:**  
Monatsbezugspreis: 39,95 Euro (einschließlich Zustellerlohn und 7% MwSt.). E-Paper/App 26,95 Euro (inkl. 19% MwSt.). Zur Auslieferung des Abonnements werden, soweit erforderlich, Abonnementdaten an spezielle Dienstleistungsunternehmen wie die Medienservice GmbH und Co. KG und Zustellpartner weitergegeben. Siehe auch [www.fnp.de/abo](http://www.fnp.de/abo).

**Druck:**  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhessenstraße 4-6, 64546 Mörfelden-Walldorf, Telefonnummer: (0 61 05) 98 3-0, Telefax: (0 61 05) 983-52 03, Internet: [www.fs-druckerei.de](http://www.fs-druckerei.de)

**Bankverbindungen:**  
Deutsche Bank, IBAN: DE43 5007 0010 0092 7228 00, BIC: DEUTDE33; Commerzbank, IBAN: DE34 5008 0000 0290 0075 00, BIC: DRESDE33; Frankfurter Sparkasse, IBAN: DE76 5005 0201 0000 3550 54, BIC: HEDEDE33; Frankfurter Volksbank, IBAN: DE20 5019 0000 6200 0139 54, BIC: FFVBDE33; Postbank, IBAN: DE81 5001 0060 0051 1346 01, BIC: PBNKDE33.

Der Verlag übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandene Manuskripte, Fotos und Zeichnungen. Täglich mit „Kultur und Service“.

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



**AN DIE STRECKE!  
MITFIEBERN!  
ANFEUERN!**

**30. OKTOBER 2016**  
[frankfurt-marathon.com](http://frankfurt-marathon.com)

